

15. Mai 2022

Projektleitung: Jannis Bischof, Philipp Dörrenberg, Davud Rostam-Afschar, Dirk Simons & Johannes Voget

unter Mitarbeit von: Fabian Eble, Johannes Gaul, Christopher Karlsson, Tobias Kreuz, Yuhan Liu, Thomas Simon & Samhitha Srinivas
Universität Mannheim

TRR 266 Accounting for Transparency
www.accounting-for-transparency.de
www.gbpanel.org

Der Ukraine-Krieg beeinträchtigt die Umsatz- und Gewinnerwartungen der Unternehmen in Deutschland erheblich. Außerdem spiegelt er sich zunehmend in konkreten betriebswirtschaftlichen Entscheidungen wider: Seit Kriegsausbruch ist der Anteil an Unternehmen, die Neuinvestitionen und Neueinstellungen vornehmen möchten, um 32 % bzw. 12 % gesunken. Zudem planen immer mehr Unternehmen, ihre Preise zu erhöhen, Ausschüttungen zu reduzieren und Boni zu kürzen. Solche Reaktionen sind vor allem dann zu beobachten, wenn Unternehmen auf Rohstoffe aus Russland angewiesen sind, diese nur langsam substituieren können oder durch bisherige Sanktionen gegen Russland bereits finanzielle Belastungen erfahren und besonders stark der Inflation ausgesetzt sind.

32 % weniger Unternehmen planen Neuinvestitionen infolge des Kriegsausbruchs

Die Aprilausgabe des GBP-Monitors hat einen starken Einbruch der betriebswirtschaftlichen Erwartungen deutscher Unternehmen aufgezeigt. Während etwa das erwartete Gewinnwachstum kurz vor Kriegsbeginn durchschnittlich noch bei bis zu +5 % lag, ist der Wert innerhalb von sechs Wochen auf -4,7 % gefallen. Ähnlich stark sind die Umsatzerwartungen seit Kriegsausbruch gesunken (von 11 % auf 3,9 %).

Was bedeutet die Entwicklung dieser betriebswirtschaftlichen Kennzahlen für die konkreten Entscheidungen, die Unternehmen treffen? **Abbildung 1** zeigt den Anteil an Unternehmen, die im Vergleich zum Jahr 2021 zusätzliche Investitionen planen und die Anzahl ihrer Mitarbeiter erhöhen möchten.

Bei den geplanten Investitionen zeigt sich ein deutlicher Rückgang seit Kriegsbeginn: Wollten Mitte Februar noch beinahe 60 % der Unternehmen in Deutschland Neuinvestitionen tätigen, gilt dies zuletzt nur noch für etwa 40 %. Auch das Auslaufen der bundesweiten Corona-Maßnahmen Ende März konnte diese negative Entwicklung nicht aufhalten.

Der Anteil an Unternehmen, die Neueinstellungen vornehmen möchten, fällt um 12 %

Die Anzahl an Unternehmen, die zusätzliche Mitarbeiter einstellen wollen, sinkt ebenfalls – wenngleich in etwas abgeschwächter Form: Während vor dem Krieg noch 31,1 % der Unternehmen Neueinstellungen vornehmen wollten, waren es zuletzt nur noch 27,4 %. Dies entspricht einem Rückgang um 12 %.

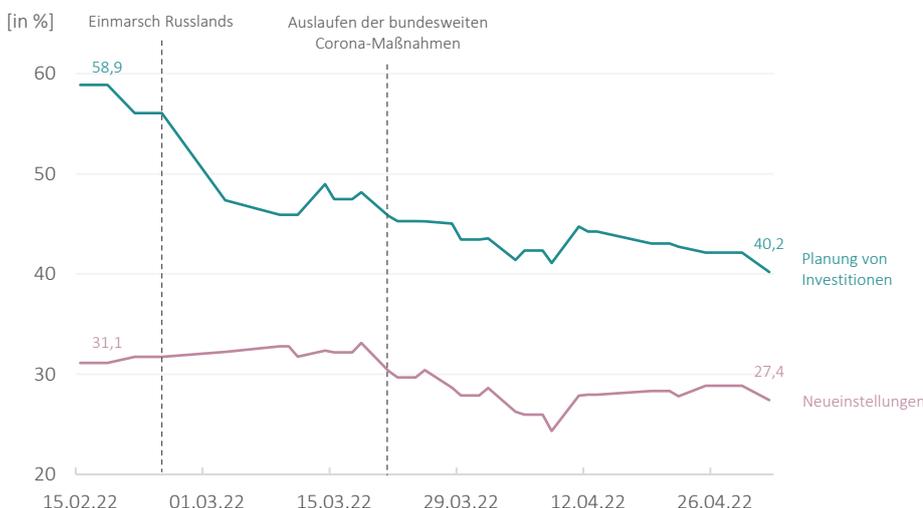


Abbildung 1

Entwicklung der Planung von Investitionen und Neueinstellungen seit Kriegsausbruch

Die Abbildung stellt den Anteil an Unternehmen dar, die planen, ihre Investitionen und ihre Mitarbeiterzahl im Vergleich zum Jahr 2021 zu erhöhen. Während der Rückgang an Unternehmen, die zusätzliche Einstellungen planen, nach Kriegsbeginn moderat ausfällt, geht der Anteil an Unternehmen, die ihre Investitionen in 2022 erhöhen möchten, um knapp 20 Prozentpunkte (32 %) zurück.

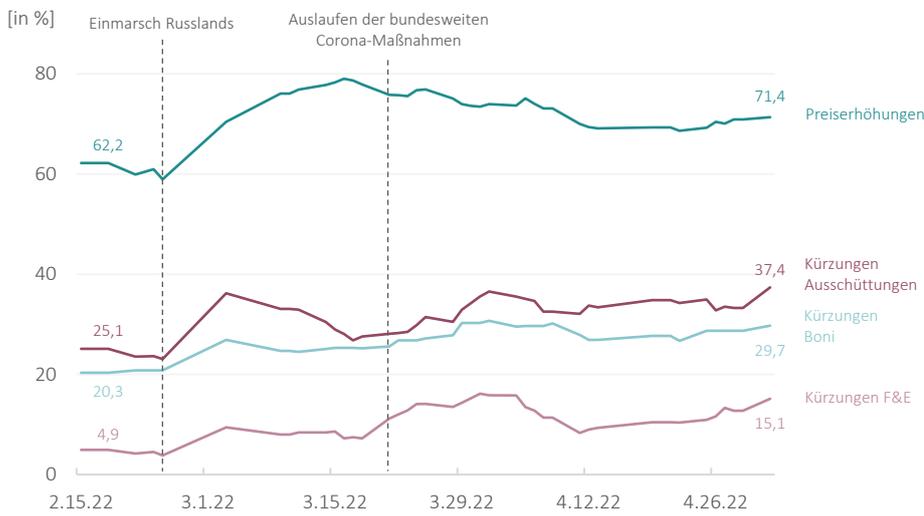


Abbildung 2
Entwicklung weiterer Unternehmensentscheidungen

Die Abbildung verdeutlicht den Anteil an Unternehmen, die planen, innerhalb der nächsten zwölf Monate ihre Preise zu erhöhen bzw. Ausschüttungen an Eigentümer, Boni für Mitarbeiter oder Ausgaben für Forschung und Entwicklung zu kürzen. Für diese Entscheidungen zeigt sich ein Aufwärtstrend, der jeweils mit Kriegsbeginn einsetzt.

Abbildung 3
Betriebswirtschaftliche Entscheidungen auf Branchenebene

Die Darstellung zeigt auf Branchenebene, wie Unternehmen ihre betriebswirtschaftliche Planung seit Kriegsausbruch am 24.02.2022 anpassen. In der oberen Grafik verdeutlichen die **mintgrünen** Balken den Anteil an Unternehmen im jeweiligen Wirtschaftszweig, die auch nach Kriegsbeginn noch angeben, Neueinstellungen oder Investitionen zu planen. Die **roten** Balken zeigen den **Rückgang** dieses Anteils gegenüber der Vorkriegsperiode an. In der unteren Grafik stehen die **mintgrünen** Balken für den Anteil an Unternehmen, die vor Kriegsbeginn beabsichtigten, Ausschüttungen oder Boni zu kürzen. Die **roten** Balken veranschaulichen den **Anstieg** dieses Anteils infolge des Kriegs.



Tabelle 1

Einflussfaktoren der Entscheidungsplanung nach Kriegsausbruch

Die Tabelle schlüsselt Faktoren auf, die zu unterschiedlichen betriebswirtschaftlichen Entscheidungen nach Kriegsausbruch führen. Es wird darin unterschieden, ob ein Unternehmen durch die bisher gegen Russland eingesetzten Sanktionen finanzielle Belastungen erfährt, ob und wie Gas in den Betriebsprozessen eingesetzt wird, ob eine überdurchschnittliche Belastung durch ein potenzielles Gas-Embargo erwartet wird und wie schnell eine Rationierung von Gaslieferungen infolge eines Embargos kompensiert werden könnte.

	Zusätzliche Investitionen [Anteil in %]	Zusätzliche Mitarbeiter [Anteil in %]	Kürzung Ausschüttungen [Anteil in %]	Kürzung Boni [Anteil in %]	Kürzung F&E [Anteil in %]	Erhöhung Preise [Anteil in %]
Gesamtsample	45,1	29,9	31,1	27,3	10,5	72,9
Belastung durch bisherige Sanktionen?						
Ja	41,4	26,2	30,8	27,0	13,6	76,8
Nein	44,7	33,5	31,9	27,8	6,1	65,3
Betriebliche Bedeutung von Erdgas:						
Keine Abhängigkeit	39,6	29,7	24,3	23,3	6,8	61,4
Nutzung in Produktion oder Lieferkette	36,7	23,7	45,2	37,3	21,3	80,6
Nutzung nur für Heizung	46,5	26,8	25,8	24,8	1,2	62,1
Erwartete Belastung durch Embargo:						
Hoch	38,7	22,2	46,3	41,3	22,4	82,7
Niedrig	40,8	29,1	32,0	23,1	5,6	68,7
Substituierbarkeit von Gas:						
Langsam (>1 Jahr)	36,1	20,2	49,0	40,0	28,1	78,5
Schnell (≤1 Jahr)	43,6	29,9	39,1	31,3	9,9	75,0

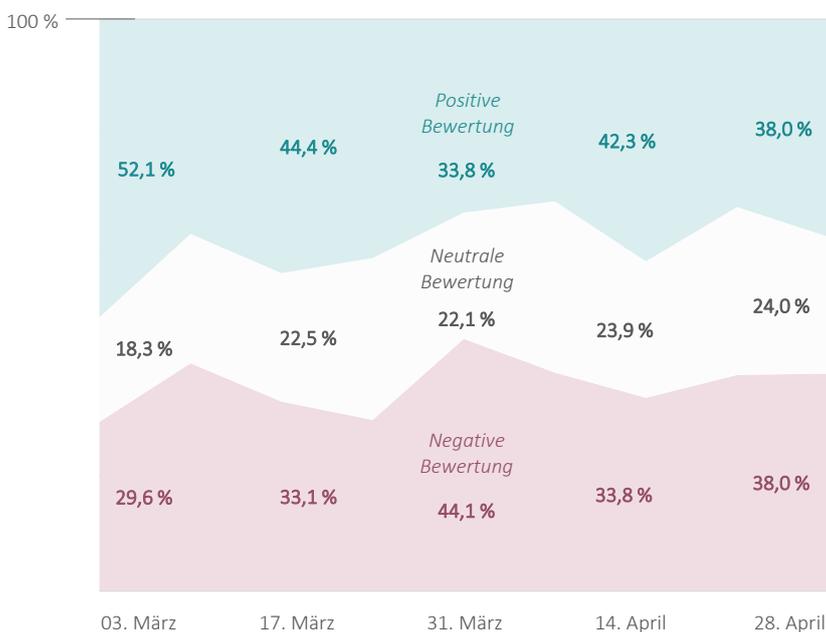


Abbildung 4

Bewertung eines Rohstoff-Embargos im Zeitverlauf

Die Abbildung zeigt, dass der Anteil an Unternehmen, die ein Rohstoff-Embargo befürworten, rückläufig ist: Während in der zweiten Kriegswoche (03.03. – 09.03.) noch 52 % der Unternehmen einen Importstopp für Rohstoffe positiv bewerteten, gilt dies in der 10. Kriegswoche (28.04. – 04.05.) noch für 38 %. Aktuell stehen sich Befürworter und Gegner eines Rohstoff-Embargos mit einem Anteil von jeweils 38 % genau unentschieden gegenüber.

Immer mehr Unternehmen erhöhen ihre Preise und ergreifen liquiditätssichernde Maßnahmen

Deutsche Unternehmen wollen seit Kriegsausbruch nicht nur seltener investieren und einstellen, sie leiten auch zusätzliche Maßnahmen ein: **Abbildung 2** verdeutlicht einen Anstieg an Unternehmen, die innerhalb der kommenden zwölf Monate ihre Preise erhöhen möchten (von 62 % auf zuletzt 71 %). Gleichzeitig ergreifen immer mehr Unternehmen liquiditätssichernde Maßnahmen, indem sie Abflüsse von Zahlungsmitteln reduzieren. Im Vergleich zum Niveau vor Kriegsausbruch ist der Anteil an Unternehmen, die planen, ihre Ausschüttungen und Boni zu kürzen, um jeweils knapp 50 % gestiegen (auf zuletzt 37 % bzw. 30 %).

Dass die Krisenreaktion auch zu Lasten der Zukunft ausfällt, zeigt sich darin, dass Unternehmen vermehrt Ausgaben für Forschung und Entwicklung kürzen. Zuletzt gaben 15 % der Befragten an, solche Investitionen im Vergleich zum vergangenen Jahr zurückfahren zu wollen. Vor Kriegsausbruch galt dies lediglich für 5 % der Unternehmen.

Im Handel gehen die geplanten Investitionen besonders stark zurück

Wie sich die betriebswirtschaftliche Planung seit Beginn des Kriegs in der Ukraine auf Branchenebene verändert hat, ist in **Abbildung 3** dargestellt. Zunächst wird deutlich, dass in sämtlichen aufgeführten Wirtschaftszweigen nach Kriegsausbruch weniger Unternehmen investieren oder zusätzliche Mitarbeiter einstellen wollen.

Diese Veränderungen fallen in den einzelnen Branchen allerdings unterschiedlich stark aus. Im Verarbeitenden Gewerbe, in dem in ähnlichem Umfang wie im Dienstleistungssektor aber deutlich mehr als im Handel investiert wird, fällt der Anteil an Unternehmen, die Neuinvestitionen planen, vergleichsweise moderat um 9 Prozentpunkte. Dagegen ist der Rückgang im Handel deutlich ausgeprägter: Hier geben seit Ende Februar nur noch 38 % der Unternehmen an, ihre Investitionen ausbauen zu wollen (gegenüber 55 % zu Jahresbeginn). Auch im Dienstleistungssektor und im Bereich der Information und Kommunikation geht der Anteil an Unternehmen mit wachsenden Investitionen deutlich zurück (-15 bzw. -13 Prozentpunkte).

Das Baugewerbe reagiert auf die Krise mit weniger Neueinstellungen und drastischen Kürzungen von Ausschüttungen bzw. Entnahmen

Die Unternehmen des Baugewerbes reagieren ebenfalls mit deutlichen Anpassungen ihrer betrieblichen Planung. Hier liegt der Anteil an Unternehmen, die Investitionen steigern und neue Mitarbeiter einstellen, infolge des Kriegs nur noch bei 47 % bzw. 27 % und ist im Vergleich zu Jahresbeginn damit innerhalb von zwei Monaten um insgesamt 10 bzw. 13 Prozentpunkte gesunken.

Besonders ausgeprägt scheint im Baugewerbe der Bedarf an Liquiditätssicherung zu sein: Relativ zum Vorkrisenniveau steigt nämlich der Anteil an Unternehmen, die Ausschüttungen kürzen, um 80 % (auf einen Anteil von 40 %). Gleichzeitig wollen die Unternehmen im Baugewerbe vermehrt Bonuszahlungen reduzieren (+ 46 %). Solche Mitarbeiterboni werden insbesondere auch in der Informations- und Kommunikationsbranche gekürzt: Anstatt 13 % vor Kriegsbeginn wollen hier nun 31 % der Unternehmen Boni senken.

Die Krisenreaktion fällt deutlich drastischer aus, wenn Unternehmen auf russische Rohstoffe angewiesen sind und durch die bisherigen Sanktionen belastet werden

Die Anpassungseffekte infolge des Kriegs fallen in den einzelnen Wirtschaftszweigen mithin unterschiedlich aus. Aber welche Faktoren beeinflussen, ob Unternehmen ihre betriebswirtschaftliche Planung in Reaktion auf den Kriegsausbruch verändern?

Tabelle 1 stellt Unterschiede in den Entscheidungen von Unternehmen in Abhängigkeit davon dar, ob sie durch die bereits gegen Russland eingesetzten Sanktionen finanziell belastet werden, ob und inwiefern sie auf russische Rohstoffe angewiesen sind und ob sie eine Drosselung von Gaslieferungen infolge eines potenziellen Rohstoff-Embargos schnell kompensieren könnten. Zunächst zeigt sich, dass Unternehmen, die finanzielle Belastungen durch die aktuell implementierten Sanktionen gegen Russland erfahren, im Mittel seltener investieren und einstellen wollen als Betriebe ohne finanzielle Belastungen durch den Krieg. Während durch Sanktionen beeinträchtigte Unternehmen zusätzlich eine stärkere Neigung zu Preiserhöhungen und Investitionen in Forschung und Entwicklung zeigen, sind Ausschüttungen und Boni kaum beeinflusst durch aktuelle wirtschaftliche Beeinträchtigungen infolge des Kriegs in der Ukraine.

Mehr als durch die bereits eingeführten Sanktionen gegen Russland und ihre wirtschaftlichen Folgen scheinen die unternehmerischen Entscheidungen allerdings durch zukünftige, sich noch in finaler politischer Ausarbeitung befindliche Sanktionen beeinflusst zu werden. Differenziert man etwa danach, wie stark Unternehmen auf Erdgas in ihren Betriebsprozessen angewiesen sind, ergeben sich in Bezug auf Investitionen, Preis- und Liquiditätsentscheidungen eklatante Unterschiede. **Tabelle 1** zeigt, dass die Bereitschaft für zusätzliche Investitionen bei Unternehmen, die Gas direkt im Produktionsprozess oder entlang der Lieferkette einsetzen, um 21 % geringer ist als bei Betrieben, die lediglich mit Gas heizen. Starke Abweichungen ergeben sich auch in Bezug auf andere zentrale betriebswirtschaftliche Entscheidungen: Unternehmen mit direktem Einsatz von Gas im Produktionsprozess wollen um 30 % eher Preise erhöhen und um 75 % eher Ausschüttungen kürzen.

Diese Unterschiede in der betrieblichen Planung hängen insofern auch damit zusammen, wie stark die Belastungen sind, die Unternehmen infolge eines Rohstoff-Embargos erwarten – wodurch sie auch besonders stark der Inflation ausgesetzt sind – und wie flexibel sie ihre betrieblichen Prozesse an eine mögliche Drosselung von Gaslieferungen anpassen können. **Tabelle 1** zeigt auf, dass Unternehmen, die hohe Belastungen durch ein Embargo erwarten und Kürzungen von Gaslieferung nicht innerhalb eines Jahres auffangen könnten, besonders stark auf die Krise reagieren, indem sie seltener investieren und einstellen, seltener ausschütten und häufiger Preise erhöhen. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass Unternehmen mit einer hohen Abhängigkeit von Rohstoffen aus Russland bereits jetzt mit einer Anpassung ihrer betrieblichen Planung reagieren.

Die Einstellung gegenüber einem potenziellen Rohstoff-Embargo ist weiterhin gemischt

Gegeben der hohen erwarteten Belastungen für einzelne Unternehmen ist das Stimmungsbild in Hinblick auf ein Rohstoff-Embargo gegen Russland gemischt. **Abbildung 4** zeigt die Zustimmungswerte im Zeitverlauf.

Es wird deutlich, dass sich Befürworter und Gegner eines solchen Rohstoff-Embargos mit einem Anteil von jeweils 38 % momentan genau ausgeglichen gegenüberstehen. Im Vergleich zur zweiten Kriegswoche ist der Anteil an Befürwortern damit allerdings rückläufig: Vom 03.03. bis 09.03. bewerteten nämlich noch 52 % der Unternehmen ein Rohstoff-Embargo als positiv.

”

„Die kleineren Betriebe stehen immer hinten an, egal ob bei der Pandemie oder jetzt bei dem Ukraine-Krieg. (...) Die ständigen Preiserhöhungen, die zurzeit auf uns zu kommen, müssen wir alle selbst tragen, und dürfen die bei bereits laufenden Aufträgen nicht weitergeben, da können viele kleine Betriebe ja nur in Insolvenz gehen.“

Bauunternehmen mit Jahresumsatz von 5,3 Mio. Euro

„Für die Gastronomie kumulieren sich Kostensteigerungen für Energie, Wareneinsatz und Tarifabschluss auf 10%. Gleichzeitig wird bei der Inflation das Ausgabeverhalten der Gäste zu Lasten der Betriebe gehen.“

Gastronomiebetrieb mit Jahresumsatz von 360 Tsd. Euro

Unternehmenstrends Mai



Weitere Kennzahlen finden Sie hier:

1. [Erwartete Umsatz-, Gewinn- und Investitionsveränderungen](#)
2. [Unternehmerische Entscheidungen](#)
3. [Erwartete Ausfallwahrscheinlichkeit in der Branche](#)
4. [Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik](#)

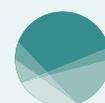
Der Ukraine-Krieg dämpft die betriebswirtschaftlichen Erwartungen weiterhin erheblich: Im Vergleich zum März sinkt die Gewinnveränderungsrate im April um -4,27 Prozentpunkte und liegt damit deutlich im negativen Bereich.

Trotz einbrechender betriebswirtschaftlicher Indikatoren hat sich das Risiko für Unternehmensaufgaben im April um -1,32 Prozentpunkte verringert. Dieser Rückgang ist vor allem durch diejenigen Branchen getrieben, die besonders durch die Corona-Maßnahmen beeinträchtigt waren: In diesen Corona-Krisenbranchen, darunter die Gastronomie und das Hotelgewerbe, sinkt das Risiko für Unternehmensaufgaben um 6,3 Punkte.

Die Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik erhöht sich im April zum zweiten Mal in Folge leicht um +0,08 Punkte.

Das German Business Panel ist ein langfristiges Befragungspanel des DFG-geförderten überregionalen Projektes „Accounting for Transparency“.

Wir erheben systematisch und repräsentativ, wie Unternehmen unterschiedlicher Größenordnung Fragen der Unternehmenstransparenz einschätzen. Erhoben wird auch, wie sich die zunehmende Bereitstellung von Informationen sowie die zunehmende Regulierung in den Bereichen Rechnungswesen und Besteuerung auf Entscheidungen in Unternehmen und die Öffentlichkeit auswirken. Als umfassendes, langfristig angelegtes Befragungspanel liefern wir Daten in einer bisher nicht dagewesenen Qualität für die Forschung zu Unternehmenstransparenz und tragen dazu bei, Regulierung und Wirtschaft zu verbessern. Das German Business Panel ist Teil des Sonderforschungsbereichs „TRR 266 Accounting for Transparency“.



SFB/Transregio 266

**ACCOUNTING FOR
TRANSPARENCY**

German Business Panel

Gefördert durch



Deutsche
Forschungsgemeinschaft

Aufgliederung der betrieblichen Entscheidungen nach Unternehmensklassen

Aufgliederung hinsichtlich: Industrien, Mitarbeiteranzahl, Belastung durch bisherige Sanktionen gegen Russland (Ja/Nein), Abhängigkeit von Erdgas (Ja/Nein), Art der Nutzung von Erdgas (Produktion oder Lieferkette/Heizung), Erwartete Belastung durch Gasrationierung von 50 % (Hoch/Niedrig), Anpassungsgeschwindigkeit bei Gasrationierung um 50 % (Schnell/Langsam)

	Anteil Kürzungen F&E [in %]		Anteil Kürzungen Boni [in %]		Anteil Kürzungen Ausschüttungen [in %]		Anteil Preiserhöhungen [in %]		Anteil Planung von Investitionen [in %]		Anteil Planung von Neueinstellungen [in %]	
	Vor Kriegs- ausbruch*	Nach Kriegs- ausbruch	Vor Kriegs- ausbruch	Nach Kriegs- ausbruch	Vor Kriegs- ausbruch	Nach Kriegs- ausbruch	Vor Kriegs- ausbruch	Nach Kriegs- ausbruch	Vor Kriegs- ausbruch	Nach Kriegs- ausbruch	Vor Kriegs- ausbruch	Nach Kriegs- ausbruch
Gesamtsample	9,1	10,5	22,5	27,3	24,7	31,1	68,9	72,9	57,2	45,1	36,5	29,9
Verarbeitendes Gewerbe	6,6	13,5	25,6	28,2	26,5	33,7	75,3	81,3	57,0	48,0	34,3	30,3
Baugewerbe	13,4	18,1	23,1	33,7	22,2	40,2	85,7	83,6	57,4	47,0	39,8	27,3
Handel	10,7	11,7	23,5	29,6	28,1	33,8	74,5	86,5	55,1	37,9	27,1	23,8
Information u. Kommunikation	5,1	8,5	12,7	31,2	17,9	30,0	57,6	56,3	57,6	44,4	42,1	27,8
Freiberufliche Dienstleistungen	7,0	6,8	15,5	23,6	18,0	32,7	60,6	58,2	58,7	43,6	42,5	32,7
< 10 Mitarbeiter	9,1	10,1	24,0	27,0	26,4	30,8	66,1	69,6	53,4	42,7	31,3	24,8
≤ 10 Mitarbeiter	9,0	11,4	19,7	27,8	21,4	31,9	74,5	79,7	64,6	50,0	46,9	40,6
Belastung durch bisherige Sanktionen: Ja	–	13,6	–	32,7	–	38,7	–	76,8	–	41,4	–	26,2
Belastung durch bisherige Sanktionen: Nein	–	6,1	–	20,2	–	20,3	–	65,3	–	44,7	–	33,5
Direkter oder indirekter Einsatz von Erdgas	–	15,4	–	33,5	–	39,5	–	75,3	–	39,5	–	24,6
Keine Abhängigkeit von Gas	–	6,8	–	23,3	–	24,3	–	61,4	–	39,6	–	29,7
Nutzung von Gas in Produktion oder Lieferkette	–	21,3	–	37,3	–	45,2	–	80,6	–	36,7	–	23,7
Nutzung von Gas nur für Heizung	–	1,2	–	24,8	–	25,8	–	62,1	–	46,5	–	26,8
Hohe erw. Belastung durch Rohstoff-Embargo	–	22,4	–	41,3	–	46,3	–	82,7	–	38,7	–	22,2
Niedrige erw. Belastung durch Rohstoff-Embargo	–	5,6	–	23,1	–	32,0	–	68,7	–	40,8	–	29,1
Langsame Substitution von Gas (> 1 Jahr)	–	28,1	–	40,0	–	49,0	–	78,5	–	36,1	–	20,2
Schnelle Substitution von Gas (≤ 1 Jahr)	–	9,9	–	31,3	–	39,1	–	75,0	–	43,6	–	29,9

* Zeitraum seit Jahresbeginn 2022 bis zum 24.02.22